

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
1 Von der Staatsverschuldung zur Staatsinsolvenz	21
A. Historie	21
B. Die zentralen Begriffe: Staatsverschuldung und -insolvenz	23
I. Staatsverschuldung	23
1. Ökonomische Ansätze	24
2. Formen der Staatsverschuldung	28
II. Staatsinsolvenz	31
1. Terminus der Staatsinsolvenz	31
2. Die Insolvenzfähigkeit des Staates	33
3. Voraussetzungen einer Staatsinsolvenz	34
4. Ableitung des relevanten Untersuchungszeitraums	36
2 Schrankenlose Souveränität? Grenzen der Beschränkbarkeit	37
A. Historische Bedingtheit	37
I. Souveränitätsverständnis im Mittelalter	38
II. Die Souveränitätskonzeption <i>Jean Bodins</i>	39
III. <i>Thomas Hobbes</i> : Der Gipfel des absoluten Souveränitätsverständnisses	41
IV. Entwicklungslinien der äußeren Souveränität	42
B. Trotz aller Kritik: Relevanz der souveränen Staatlichkeit	44
C. Aktuelle Souveränitätskonzeption und ihre Grenzen	48
I. Kategorisierung des Souveränitätsdogmas	48
1. Souveränität ein Rechtsbegriff?	48
2. Die innere und äußere Souveränität	51
II. Die aktuelle Konzeption der äußeren Souveränität	53
1. Rechtliche Grundlagen	53

a) Rechtliche Verankerung	53
b) Teil des ius-cogens	54
2. Äußere Souveränität als Völkerrechtsunmittelbarkeit	57
a) Äußere Souveränität als ein vom „Völkerrecht definierter Rechtsstatus“?	57
b) Völkerrechtsunmittelbarkeit als wesentliches Kriterium	58
c) Die Fähigkeit zur völkerrechtlichen Bindung als Ausdruck staatlicher Souveränität	60
III. Grenzen der Souveränität	60
1. Keine grenzenlose Souveränität	60
2. Freiwilligkeit der Bindungen	62
a) Formale Abgrenzung	63
b) Freiheit von äußerer politischer Einflussnahme	63
c) Freiheit von Zwang	64
3. Lösbarkeit der eingegangenen Bindungen	67
a) Lösung durch Völkerrechtsbruch	68
b) Lösungsmöglichkeiten im Rahmen des aktuellen Völkerrechts	69
(1) Lösbarkeit von völkerrechtlichen Verträgen	69
(2) Austrittsmöglichkeit aus internationalen Organisationen	71
(3) Lösbarkeit von Völkergewohnheitsrecht	74
c) Bewertung des Kriteriums	75
4. Phase zwischen Bindung und Lösung	77
a) Interpretationsherrschaft über eingegangene Verpflichtungen	77
b) Mehrheitsentscheidungen als Souveränitätsverletzungen ..	78
c) Ultra-vires-Akte als Souveränitätsverletzungen	80
d) In der Zwischenphase Rückführbarkeit auf anfänglichen Konsens entscheidend	84
5. Grenzbereiche staatlicher Souveränität	84
a) Ius-cogens	84
b) Europäische Union	86
c) Responsibility to protect	88

d) Zwischenschlussfolgerung	90
6. Zusammenfassung: Grenzen der Souveränität	90
3 Der Schuldnerstaat im Umfeld seiner Insolvenz	91
A. Präventive Instrumente	91
I. Ausgangspunkt: Anleihenmarkt	91
II. Haushaltsüberwachung	93
1. Maßnahmen der Haushaltsüberwachung	94
a) Exemplarische Darstellung äußerer Haushaltsüberwachungsmechanismen	94
(1) Überwachung der Haushalte der Bundesländer durch den Bund	94
(2) Auf europäischer Ebene: Verschärfung der Haushaltsüberwachung seit der europäischen Staatsschuldenkrise	96
b) Stufen der Haushaltsüberwachung	100
2. Bewertung der Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt staatlicher Souveränität	101
a) Freiwillige Bindung	101
b) Lösbarkeit	102
c) Zwischenergebnis: Keine Beeinträchtigung der Souveränität durch Haushaltsüberwachung	104
3. Erhebliche Einschränkung der nationalen Autonomie durch Haushaltsüberwachung	104
B. Krisenhilfe	106
I. Die Gewährung von Krisenhilfe durch den IWF	107
1. Der IWF	107
2. Konditionalität als Pfeiler der Krisenhilfe durch den IWF	108
3. Die Rechtsnatur der Vereinbarungen zwischen IWF und Mitgliedstaaten	110
II. Europäische Krisenhilfe	111
1. Entwicklung eines europäischen Systems der Krisenhilfe	111
2. Gestaltung der europäischen Krisenhilfe	113

III.	Krisenhilfe und Souveränität	115
1.	Bestehende Kritik an der Konditionalitätenpolitik	115
2.	Maßstab der Freiwilligkeit	117
a)	Freiwilligkeit aufgrund der Rechtsnatur des letter of intent als einseitiger Absichtserklärung	117
b)	Ausübung von Zwang	118
c)	Vergleich mit bestehenden Fallgruppen	118
3.	Lösungsmöglichkeit	120
a)	Jederzeitige Lösungsmöglichkeit von Anpassungsprogrammen	120
b)	Keine Lösungsmöglichkeit von unionaler Krisenhilfvereinbarung	120
4.	Zwischenergebnis: Keine Souveränitätsverletzung durch Krisenhilfe	121
C.	Die grundsätzlichen Optionen im Falle einer Staatsinsolvenz	122
I.	Nichtbedienung der Schulden	122
1.	Unterschiedliche Anknüpfungspunkte	123
2.	Berücksichtigung einer Staatsinsolvenz im Privatrecht	124
a)	Anerkennung aufgrund Art. VIII (2) (b) IWF-Übereinkommen	124
b)	Anerkennung nach nationalem Kollisionsrecht	126
3.	Berücksichtigung einer Staatsinsolvenz im Völkerrecht	128
a)	Maßgeblichkeit des Völkerrechts	128
b)	Mögliche Einreden des Staates	129
(1)	Odiöse Schulden	129
(2)	Unmöglichkeit und <i>force majeure</i>	130
(3)	<i>Clausula rebus sic stantibus</i>	132
c)	Insbesondere Einrede des Staatsnotstands	133
(1)	Staatsinsolvenz als Notstand?	134
(2)	Tatbestandliche Probleme	135
i)	Essentielle Interessen	135
ii)	Erforderlichkeit	136

iii) Berücksichtigung des Mitverschuldens des Schuldnerstaates	138
(3) Rechtsfolge: Lediglich aufschiebende Wirkung	140
d) Immunität des Schuldnerstaates	141
(1) Prozesshindernis im Erkenntnisverfahren	141
(2) Immunität des Schuldnerstaats im Vollstreckungsverfahren	143
i) Vollstreckungsimmunität	143
ii) Immunitätsverzicht	147
4. Praktische Irrelevanz der Option der Nichtbedienung der Schulden	149
5. Option der Nichtbedienung: Frage der Autonomie, nicht der Souveränität	150
II. Restrukturierung der Schulden	151
1. Bedeutung von Umschuldungen	152
2. Rechtliche Verpflichtung zur Umschuldung?	153
3. Umschuldung im Rahmen des Pariser Club	154
a) Allgemeines	155
b) Prinzipien	156
c) Verfahrensablauf	157
4. Multilaterale Schulden	159
5. Umschuldung von syndizierten Krediten	162
a) Kreditvergabe durch Bankkonsortien	162
b) Besonderheiten bei der Restrukturierung syndizierter Kredite	163
6. Umschuldung von Staatsanleihen	164
a) Besonderheiten bei der Umschuldung von Staatsanleihen	164
b) Umschuldung im Wege des Anleihentauschs	165
(1) „Peitsche“	165
(2) „Zuckerbrot“	167
c) Umschuldung im Wege der Änderung der Anleihebedingungen durch Entscheidung der Gläubigermehrheit	169

(1) Die Verbreitung von CACs	170
(2) Die Ausgestaltung von CACs	171
i) Koordinationsklauseln	172
ii) Mehrheitsentscheidungsklauseln	172
iii) Durchsetzungsklauseln	174
(3) Ungelöste Probleme	175
7. Die Gefahr der Rechtsverfolgung durch sog. Hold-out-Gläubiger	177
a) Die Problematik	177
b) Die Aktualität der Problematik	178
(1) Der Fall NML Capital Ltd.	178
(2) Der Fall Abacalat und die Relevanz der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit für den Restrukturierungsprozess	180
c) Die Rechtsverfolgung durch sog. Hold-out-Gläubiger vor nationalen Gerichten	181
(1) Verschiedene Rechtswege	181
(2) Fehlende „Schutzmechanismen“ des Schuldnerstaats	182
d) Die Rechtsverfolgung durch sog. Hold-out-Gläubiger vor Investitionsschiedsgerichten	184
(1) Negative Auswirkungen erfolgreicher Investitionschiedsverfahren	185
(2) Investitionsschiedsgerichtsbarkeit und Gerichtsstandvereinbarungen	185
(3) Die Zuständigkeit eines ICSID-Schiedsgerichts: Staatsanleihen als Investitionen?	187
i) Umstrittener Investitionsbegriff im Rahmen von ICSID	187
ii) Staatsanleihen als Investitionen?	189
(4) Verletzung materieller Standards durch Umschuldungsmaßnahmen	194
i) Enteignungsschutz	194
ii) Fair and Equitable Treatment-Standard	195
iii) Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung	197

(5) Geringe Chancen der Rechtfertigung durch den Schuldnerstaat	199
(6) Lösung durch Änderung der Investitionsschutzverträge insb. durch Aufnahme einer Staatsschuldenausnahme	201
(7) Zwischenergebnis	202
8. Ultima Ratio: Umschuldung durch Anordnung des UN-Sicherheitsrats	203
9. Souveränität im Rahmen der Restrukturierung	205
a) Begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten eines Staates in der Restrukturierung: Ein Problem der Souveränität?	205
b) Verletzung der Souveränität durch Praxis der Investitionsschiedsgerichte	205
(1) Extensive Auslegung des Investitionsbegriffs: <i>Ultra-vires?</i>	206
(2) Bestehende Lösungsmöglichkeit	207
i) Lösung von Investitionsschutzverträgen	207
ii) Kündigung der ICSID-Konvention	210
c) Verletzung der Souveränität durch Eingreifen des UN-Sicherheitsrates	211
d) Zwischenergebnis: Grundsätzlich keine Verletzung der Souveränität während der Reststrukturierung	212
4 Souveränität im Umfeld der Insolvenz	213
A. Der souveräne Staat als spezieller Schuldner	213
B. Die Ausnahmesituation des souveränen Staates in seiner Insolvenz	213
I. Weitgreifende Beschränkung der staatlichen Autonomie	214
1. Beschränkung der staatlichen Autonomie im Verlauf einer Insolvenz	214
2. Insbesondere Beschränkung der Haushaltst'autonomie	214
II. Der insolvente Staat: Beschränkungen unterhalb der Schwelle der Souveränität	216
III. Der insolvente Staat: Beschränkungen außerhalb der Souveränität	216

C. Souveränität ohne Autonomie?	218
I. Tendenzen in der Lehre zu einer materiellen Dimension der Souveränität	219
1. Quantitativer Ansatz	219
2. Qualitativer Ansatz	221
II. Völkerrechtspraxis zur verminderten Staatsgewalt einzelner Staaten	224
1. Vergleichbarkeit eines insolventen Staates mit <i>failing states</i> ...	224
2. Behandlung von <i>failed states</i> durch die Völkerrechtspraxis	225
3. Übertragung auf insolvente Staaten	227
III. Stellungnahme	227
D. Rechtspolitischer Ausblick: Wiederherstellung staatlicher Autonomie durch Rechtsetzung	229
I. Umfassende Lösung durch Etablierung eines Insolvenzmechanismus	229
1. Ideengeschichte eines Insolvenzmechanismus für Staaten	229
2. Beispielhaft ECRM	231
3. Bewertung	233
II. Gestaltungsmöglichkeiten bei Fortführung eines fragmentierten Lösungsansatzes	235
Zusammenfassende Schlussbetrachtung	237
Schrifttumsverzeichnis	239